

Das Kapital und Faschismus in Deutschland und Europa – Terror und Sozialpolitik, Aufrüstung und Krieg 1939

Die bürgerliche Diskussion über die wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen des „Nationalsozialismus“ (Kapitalfaschismus) ist von den gegensätzlichen „Konzeptionen Hitlers“ und der Führung der Wehrmacht beherrscht worden. Diese Diskussion setzt voraus, dass eine anders angelegte Rüstungspolitik möglich gewesen wäre und dass die tatsächlich verfolgte Linie das Ergebnis strategischer und wirtschaftspolitischer „Entscheidungen Hitlers“ gewesen sei. Diese pseudo-wissenschaftliche Betrachtungsweise beinhaltet eine Überschätzung der tatsächlichen Macht der politischen Führung, eine interessengeleitete und wirklichkeitsfremde Übertreibung ihrer Fähigkeit, das gesellschafts- und wirtschaftspolitische System zu kontrollieren. Die Analyse der bürgerlich-faschistischen Sozialpolitik nach 1933 legt demgegenüber den Schluss nahe, dass der Stand der Kriegsvorbereitungen durch innenpolitische Faktoren bestimmt wurde: einerseits durch die mangelnde Bereitschaft der Bevölkerung, insbesondere von Teilen der Arbeiterklasse, sich nach 1936 den Kriegsvorbereitungen zu fügen; andererseits durch das Unvermögen der politischen und wirtschaftlichen Führung, sich gegen den Druck von unten für verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen erfolgreich zu behaupten.

Diese gesellschaftspolitische Situation war maßgeblich durch die Vollbeschäftigung nach 1936 in Deutschland bedingt, die ihrerseits eine notwendige Folge der Aufrüstung war. Als sich die sozialpolitische Problematik zuspitzte, war es zunächst wichtig, dass der Drang nach materiellen Wohlstand von starken Organisationen innerhalb des bürgerlich-faschistischen Herrschaftssystems selbst, vor allem von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und der NSDAP, vertreten wurde. Ausschlaggebend waren die Sorgen der Administration der Wirtschaft, um die Festigung der politischen Autorität ihrer Reichsregierung. Nachdem die Mittel weltanschaulicher, bürgerlich-faschistischer Erziehung offensichtlich versagt hatten, konnte sich diese berechtigte Sorge nicht anders als in einer Rücksichtnahme auf den Wunsch der arbeitenden Bevölkerung nach besseren Lebensbedingungen ausdrücken. Wie begründet diese Sorge war und wie tief sie ging, bewies die Krise bei Kriegsbeginn, als die Undurchführbarkeit einer Sozialpolitik offenkundig wurde, die eine Anpassung der Arbeits- und Lebensbedingungen an die Erfordernisse der Kriegsführung zum Ziel hatte: Die Wirtschaftsführung und ihre Regierung musste nachgeben. Diese Konstellation war es, die schon vorher den Rahmen möglicher Kriegsvorbereitungen abgesteckt hatte. Ihre Bedeutung wurde in den „Kriegsspielen“ der für die Sozialpolitik verantwortlichen Ressorts offen zugegeben. Darin trat das politisch-strategische Kalkül, die Fehlannahme, dank der Blitzkriegsstrategie ohne einschneidende Maßnahmen im Innern auszukommen, gänzlich hinter den grundsätzlichen Fragen der Klassenverhältnisse, der gesellschaftspolitischen Stabilität, der Steigerung der Rüstungsproduktion und der Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin zurück. Der Behauptung, „Hitlers Strategie“ habe eine größere Konzentration wirtschaftlicher Kräfte auf die Rüstung gar nicht erst erfordert, muss die Feststellung entgegengesetzt werden, dass Anstrengungen in dieser Richtung unternommen wurden und dass sich daran deutlich zeigte, wie wenig das bürgerlich-faschistische Herrschaftssystem dazu überhaupt fähig war. -

Als die strategische Lage nach der britischen Kriegserklärung Lohnkürzungen und die Streichung von Zuschlägen und Urlaubsansprüchen dringend erscheinen ließ, gelangte der bürgerlich-faschistische Staat an die Grenze seiner effektiven Macht.

Seit Beginn der Beratungen über die Gesetzgebung für den Kriegsfall stand fest, dass ein harter Kurs in der Sozialpolitik unumgänglich sein werde. Schon Anfang 1938 ließen die Zustände auf dem Gebiet der Sozialpolitik keinen Zweifel daran, dass selbst kurze „Blitzkriegsaktionen“ umfassende wirtschaftliche Kontrollen verlangten. Die Reserven an allen wichtigen Produktionsfaktoren waren zu knapp geworden, als dass Kontrollen weiterhin hätten ausbleiben können. **Der einzige Vorteil lag im Erkaufen innenpolitischer Ruhe, in der Vermeidung**

von sozial- und gesellschaftspolitischen Spannungen, zu denen Zwangsmaßnahmen zur Abschöpfung von Kaufkraft und zur Verteilung von Arbeitskräften geführt hätten.

War es 1936 noch denkbar, im Kriegsfall die Lohnsätze auf den Tarifstand zurückzuführen, so war bis 1939 in den meisten Industriezweigen der Unterschied zwischen Tarifsatz und tatsächlichen Verdienst so groß geworden, dass dieser Schritt nur unter Inkaufnahme schwerer sozial- und gesellschaftspolitischer Erschütterungen erwogen werden konnte.

Von ebenso großer Bedeutung waren die erforderlichen Planungen und Kontrollen des Lohn-Preis-Verhältnisses und der „Menschenbewirtschaftung“. Ein Verwaltungsapparat zur Durchführung musste geschaffen werden. Die Planungstechniken und die Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Ressorts waren nicht über Nacht zu lernen. Lohn- und Preispolitik, Auftragsplanung und die Steuerung des Arbeitseinsatzes waren in hohem Maße voneinander abhängig (interdependent). Diese Interdependenz bedingte auch die Reihenfolge staatlicher Interventionen in der zweiten Jahreshälfte 1938. So hätte z. B. eine gestaffelte Preispolitik bei öffentlichen Aufträgen der Aufrüstung so lange nur geschadet, wie Lohnkontrollen und die Aufhebung der „Freizügigkeit“ der Arbeiter nicht eingeführt waren. In der Praxis machte die eine Kontrolle die nächste erforderlich und war von ihr abhängig. Steuerungsmethoden und Kontrollen *mussten* eingeführt werden, ob nun der Krieg von kurzer oder langer Dauer war. Effektiv und umfassend wurden die Kontrollen erst im Laufe des Jahres 1942.

Nachdem die günstigen Ausgangspositionen der Weltwirtschaftskrise voll ausgenutzt und die Ausweitung der heimischen Rohstoffbasis eingeleitet worden war, hinkten die wirtschafts- und sozialpolitischen Kriegsvorbereitungen immer noch hinter der außenpolitischen und strategischen Entwicklung hinterher und gefährdeten sie.

Die Wechselbeziehung zwischen außenpolitischen Krisen und sozialpolitischen Zwangsmaßnahmen:

Die Schritte zur Militarisierung des Arbeitslebens (in diesem Zusammenhang) fallen in drei zeitlich voneinander getrennte Phasen: November 1936, Juni 1938 und September 1939. Dazwischen wurden kaum Gesetze und Verordnungen von Bedeutung erlassen. Das Verordnungswerk vom Februar/März 1939 bildet z. T. eine Ausnahme. Es handelt sich um eine Neufassung der im Juni 1938 eingeführten Dienstpflicht. Nur der erste Komplex von Maßnahmen kann als (begrenzt) vorbeugend bezeichnet werden. Die im November 1936 eingeführten Kontrollen waren schwach, schwächer noch als im Entwurf begründet und vorgesehen. Die sozio-ökonomischen Probleme hatten sich noch nicht zugespitzt und die außenpolitische Lage war im November 1936 bedeutend stabiler. Im internationalen Raum fehlte der Vorwand, der einschneidende Regelungen der Arbeits- und Lebensbedingungen hätte rechtfertigen können. Hinsichtlich der Entscheidungen von Juni 1938 und September 1939 drängt sich der Schluss auf, dass sich die bürgerlich-faschistische Regierung der Schwierigkeiten und Gefahren eines Angriffs auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse bewusst war und jeweils auf die Entfesselung der internationalen Krise gewartet hat, ehe sie sich an die innenpolitischen Probleme heranwagte. -

Die schändlichen Folgen der Lohnentwicklung und der **Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt für die Aufrüstung** hatten sich schon vor dem forcierten Bau des Westwalls bemerkbar gemacht. Spätestens seit Herbst 1936 waren sie bei allen zuständigen Ressorts im Gespräch und im Falle der Lohnbildung schon seit Dezember 1937 Gegenstand einer Vorbereitung staatlicher Interventionen, die aber zunächst im Sande verliefen. **Von allen Ressorts waren die Reichsanstalt und die ihr unterstehenden Arbeitsämter am ehesten bereit, ohne plebiszitäre Rücksichten zu handeln;** aber der Präsident hatte nur die negative Vollmacht, die Freizügigkeit einzuschränken.

Zu Kriegsbeginn waren in mehreren Bereichen der Sozial- und Wirtschaftspolitik verschärfte Maßnahmen nötig geworden, jedoch noch nicht in Kraft gesetzt. **Der für die Lohnpolitik**

zuständige Referent im Reichsarbeitsministerium konnte den Kriegsbeginn als Gelegenheit begreifen, die Aufgabe einer Neuordnung des Lohngefüges mit größerem Nachdruck voranzutreiben. Im selben Ressort erwog man schon vor Kriegsbeginn, den Reichtreuhändern der Arbeit ein Ordnungsstrafrecht in die Hand zu geben, damit sie ihre Richtlinien für die Lohnpolitik und Betriebsdisziplin (im Einzelfall) durchsetzen konnten, ohne erst den zeitraubenden Weg über die Gerichte gehen zu müssen. In einer anderen Hauptabteilung des Reichsarbeitsministeriums war eine Verordnung in Vorbereitung, die jeden Arbeitsplatzwechsel zustimmungspflichtig machen sollte. Und der Reichskommissar für die Preisbildung, dessen Unzufriedenheit mit der Preisentwicklung wuchs, hatte schon einen Entwurf in Umlauf gesetzt, der ihn ermächtigt hätte, die steigende Inflation zu bekämpfen. Ausgeführt wurden diese Schritte aber erst bei Kriegsbeginn und fanden ihren Niederschlag im Verordnungswerk der ersten Kriegstage.

Die expansionistische Zielsetzung des Regimes gebot vor allem vorbeugende Maßnahmen, um die größtmögliche Konzentration wirtschaftlicher Reserven auf die Aufrüstung zu bewirken. Was die Arbeiterklasse in ihrer Eigenschaft als Produzent und als Konsument anbelangt, so sind diese Maßnahmen weitgehend unterblieben. Ein Grund dafür ist, dass die Zielsetzung des Regimes nicht als Rechtfertigung der Unterwerfung, der materiellen Opfer und der zusätzlichen Belastungen anerkannt wurde. Dieser Tatbestand wurde vom Regime insofern in Rechnung gestellt, als es der Arbeiterklasse Opfer und Disziplin erst dann durch Gewalt aufzuerlegen versuchte, nachdem es eine offene Kriegssituation heraufbeschworen hatte.

Auch diese Taktik ist fehlgeschlagen. Die Zeit zwischen Juni 1938 und September 1939 brachte allenfalls eine Verbesserung in der Ausrüstung der Streitkräfte, jedoch keine (erfolgreiche) Umstellung im sozialpolitischen Bereich auf die Bedürfnisse des (bevorstehenden) Krieges. **Die deutsche Arbeiterklasse war für eine soziale Umstellung nicht zu gewinnen, auch dann nicht, als der (europäische) Krieg ausgelöst worden war. Es gab bei den Werkträgern keine Begeisterung für den Krieg.** Nach den vorausgegangenen Erfahrungen mit der Lohnpolitik und der oft unterlaufenen Dienstpflicht seit Mitte 1938 und angesichts des hohen Stellenwerts, den die politische Führung der Zufriedenheit an der „Heimatfront“ beimaß, muss diese Sorge sehr nahegelegen haben. Auch Staatssekretär Posse vom Reichswirtschaftsministerium (RWM) bezweifelte im Mai 1939, ob der geplante Lohnabbau ratsam sei. -

[Bemerkungen zur bundesdeutschen Gegenwart: Auch ohne bevorstehenden europäischen Krieg, war es nach 1990 möglich und ist es heute (2014) immer noch möglich, einen massiven Sozialabbau durchzuführen und ohne nennenswerten Widerstand der „Sozialpartner“ umzusetzen: so unter anderem die lockere, nahezu reibungslose und/bzw. ungestörte Einführung der „AGENDA 2010“; den offenen „Hartz-IV“-Strafvollzug mit analogen „Eingliederungsvereinbarung“-en; die „Rente mit 67“; die dauerhafte Absenkung der gesetzlichen Altersrenten/Rentenkürzungen; diverse „Minijobs“; Dumpinglöhne; Zeitarbeit und Leiharbeit; Werkverträge und Scheinselbständigkeit; die Aufhebung der Tarifbindung und Ausgliederung von Berufsgruppen; die Lohnuntergrenze durch Einführung eines gesetzlichen Mini-Mindestlohnes von „8,50 Euro“-Brutto, – als ‘flächendeckend’ und (un-)verbindlich ab 2017, – und zugleich für die Beseitigung auskömmlicher tariflicher Bezahlung: bereits zuvor schon – im Zusammenhang mit den „Hartz-IV“-Auswirkungen – unter 30 % und 40 % der (alten) Tariflöhne – mit Billigung der gewerkschaftlichen „Sozialpartner“ und spezialdemokratischen GroKo-Kapitalpartner etc. Insofern ist das heute praktizierte und modifizierte Gesellschaftsmodell (der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung der Bourgeoisie und von deren gesellschaftspolitischen Administration) von deren Kapitalgesellschaft, der sogenannten „sozialen Marktwirtschaft“, erfolgreicher als deren historisches Modell vom „Nationalsozialismus“ (vom historischen Kapitalfaschismus)!]

Zum Problem innenpolitischer Kriegsursachen

Trotz der Sorgen der Administration des kapitalfaschistischen Regimes – um den Bestand

der sozialpolitischen und gesellschaftspolitischen „Heimatfront“ – wurde dennoch der Krieg 1939 systematisch angesteuert. Dies führt zur Betrachtung einer weiteren Dimension des Verhältnisses zwischen Innen- und Außenpolitik in den Jahren 1937 bis 1939: zum Problem innenpolitischer Kriegsursachen.

Ein pragmatisch verstandenes Verhältnis von Zweck und Mittel verschwand ab Mitte 1938 (fast) vollständig aus dem Horizont der politischen Willensbildung. Die gesamte Politik geriet in die Ausführung (in den Strudel) des bevorstehenden Krieges. Aber das öffentliche Leben wurde gerade nicht planmäßig an dem künftigen Krieg ausgerichtet. Vielmehr entstanden Verzahnungen und Verflechtungen zwischen den militärisch erforderlichen Kriegsvorbereitungen und den politischen Voraussetzungen der Kriegsführung – zwischen den strategischen Zielen und den krisenhaften Folgen jedes praktischen Versuchs zu ihrer Realisierung. -

In wirtschafts- und innenpolitischer Hinsicht war Kriegführung zur Voraussetzung weiterer Kriegsvorbereitungen geworden. Die gesamte kapitalfaschistische Politik begann nach Mitte 1938 immer stärker einen Selbstzweckcharakter anzunehmen. Neben den von der politischen Führung verfolgten Fernzielen – Lebensraum, rassische Neuordnung des gesamten Europa [Anm.: Heute fehlen noch Teile Osteuropas etc. – vorerst noch ohne WK. / R. S.] –, aus denen die Außenpolitik der Jahre 1938/39 ein Teil ihrer Dynamik schöpfte, traten akute, auf kurzfristige Lösungen drängende Probleme, die diese Dynamik noch steigerten und ihre praktischen Auswirkungen bestimmten. -

So haben die Expansionsetappen bis 1939 ein Janusgesicht: einerseits Vorstufen der erstrebten Eroberung „des Ostens“, andererseits Annexionen, die für die wirtschaftliche Aufrechterhaltung dieses Expansionstriebes unentbehrlich waren. Die Ausweitung der Währungszone, die Übernahme von Produktionslagern, Rohstoffquellen und vorhandenen Gütern*, die Zwangsverpflichtung polnischer Arbeitskräfte halfen schließlich über die rüstungswirtschaftlichen Engpässe dieser Jahre hinweg.

[* Siehe Jörg-Johannes Jäger, *Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Dritten Reiches vom Ausland, dargestellt am Beispiel der Stahlindustrie*, Berlin 1969.]

Sozialpolitik und Expansionsstrategie

Eine unveränderte Fortführung der „Sowohl-Kriegs-als-auch-Friedenwirtschaft“ wäre auf immer größere wirtschaftliche und sozialpolitische Schwierigkeiten gestoßen. Dies war auch den führenden wirtschaftlichen und politischen Kreisen des Regimes klar. Görings programmatische Rede vor dem Reichsverteidigungsrat im November 1938 brachte das Krisenhafte an der wirtschafts- und sozialpolitischen Lage unmissverständlich zum Ausdruck. Zu seiner unmissverständlichen Liste von unabdingbaren rüstungswirtschaftlichen Sofortmaßnahmen meinte er, „**das alles erscheint ja unmöglich**“; und seine „Lösungsvorschläge“ gingen kaum über Aufrufe zu größerer Disziplin, organisatorischer Straffung usw. hinaus. Anm.: Inwieweit Görings schwankende Haltung zu Hitlers Außenpolitik 1938/39 durch seine Kenntnis dieser Probleme bedingt war, scheint noch nicht geklärt.

Obwohl das Material für eine Deutung von Hitlers Verständnisses der Problematik sehr dünn ist, gibt es doch ein Leitmotiv in den wenigen Äußerungen zum Verhältnis zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und Expansionsstrategie: die „**Flucht nach vorn**“, d. h. sich **innenpolitischen Schwierigkeiten** weder zu stellen, noch sie zu analysieren, sondern **sie durch Fixierung auf außenpolitische Ziele zu überspielen**. (Vgl. hierzu Hitlers Ausführungen im Zusammenhang mit der sog. Hoßbach-Konferenz. Die Sitzung wurde zur Schlichtung schwerer Interessengegensätze zwischen Luftwaffe und Heer einberufen. Hitler vermochte die Interessengegensätze durch aggressive Expansionspläne zu relativieren.)

Eine Funktion des Krieges bestand also darin, inneren Gefahren vorzubeugen: Die

Schwächen des kapitalfaschistischen Herrschaftssystems wurden zur Begründung militärischer Expansion angeführt. Gerade die Schwierigkeiten über Deutschlands wirtschaftliche und sozialpolitische Lage machten den Krieg erforderlich:

*„Die 80-Millionen-Masse hat die ideellen Probleme gelöst. Die wirtschaftlichen Probleme müssen auch gelöst werden. Um die Schaffung der wirtschaftlichen Voraussetzungen hierzu kommt kein Deutscher herum. Zur Lösung der Probleme gehört Mut. Es darf nicht der Grundsatz gelten, sich durch Anpassung die Umstände einer Lösung der Probleme zu entziehen. Es heißt vielmehr, die Umstände den Forderungen anpassen. Ohne Einbruch in fremde Staaten oder Angreifen fremden Eigentums ist dies nicht möglich.“ **

(* In dieser Formulierung ist der Gedankengang Hitlers kurzfristiger angelegt, als in seinen allgemeinen Äußerungen über die Notwendigkeit territorialer Expansion in Europa.)

Spätestens im (vorangegangenen) März, nach der Besetzung der Rest-Tschechei, war dieser Gedanke Hitlers wie der übrigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Führung ganz aktuell geworden: **Aus den „500 Züge[n] Kriegsmaterial“ konnten dann fünf neue deutsche Divisionen ausgerüstet werden.** [Vgl. Wagner, *Generalquartiermeister*, S. 82 f.; u. a. auch zur Beute aus Polen.]

Am 22. August 1939 bemühte sich Hitler, die hohe (spätfeudal-)bürgerlich-faschistische Generalität von der Notwendigkeit des Überfalls auf Polen zu überzeugen:

„Wir haben nichts zu verlieren, nur zu gewinnen. Unsere wirtschaftliche Lage ist infolge unserer Einschränkungen so, dass wir nur noch wenige Jahre durchhalten können. Uns bleibt nichts anderes übrig, wir müssen handeln.“

Bei einer Ansprache vor einem ähnlichen Kreis am 23. November 1939 kam Hitler wiederum auf die **Problematik des Verhältnisses zwischen Kriegsführung und innenpolitischer Stabilität** zurück, die er bereits Ende 1937 angeschnitten hatte. Sah er einmal das deutsche Volk in **Gefahr, durch den „langen Frieden“ seine Kondition zu verlieren**, so galt es ihm bei einer anderen Gelegenheit, trotz der mangelnden „*Gewöhnung an Härte und Belastung*“, doch als der Garant des Sieges (Vgl. Ansprache Hitlers vor den Oberbefehlshabern am 22.08.1939.)

Am 9. Oktober hieß es dann, die Eroberung und Ausbeutung Frankreichs sei eine dringende Aufgabe. / Und vor Speer begründete Hitler im Jahre 1939 die Notwendigkeit, das geplante neue Regierungsviertel als Festung zu konstruieren, mit der Bemerkung: *„Es ist doch nicht ausgeschlossen, dass ich einmal gezwungen bin, unpopuläre Maßnahmen zu treffen. Vielleicht gibt es dann einen Aufruhr.“* (Vgl. Speer, *Erinnerungen*, S. 173.) [Anm.: Hitler sprach hier durchaus die möglichen Zukunfts-Befürchtungen der herrschenden ökonomischen und politischen Kreise an. - R. S.]

Zur innenpolitischen Konsolidierung der Moral der „Volksgemeinschaft“ sollten die Kolonnen polnischer Landarbeiter und Kriegsgefangenen beitragen, die schon im Begriff waren, die am schlechtesten bezahlten Arbeiten in der deutschen Wirtschaft zu übernehmen. [Analogien zur Gegenwart – nicht nur zur heutigen deutschen Fleischindustrie usw. und zum Billigeinsatz von Hunderttausenden aus osteuropäischen Schwellenländern und in Unterentwicklung gehaltenen sogenannten ‘Entwicklungsländern’/ R. S.]

Ohne die 1,5 Millionen ausländischen Arbeiter und die 1,3 Millionen Kriegsgefangenen, die im Juni 1941 in der deutschen Industrie und Landwirtschaft, – nur für geringen Lohn oder gar keinen Lohn –, tätig waren, hätte es entweder zur Niederlage der deutschen Militärmacht oder aber zu drakonischen Zwangsmaßnahmen gegen die werktätige deutsche Bevölkerung kommen müssen. -

Auch in bezug auf Rohstoffe, Nahrungsmittel, Kriegsmaterial und Produktionskapazitäten: ohne die Ausplünderung besetzter Gebiete und ohne die

Lieferungen aus der Sowjetunion wäre die deutsche Kriegswirtschaft 1939/40 zusammengebrochen.

[Merke: Die bürgerlich-wissenschaftliche und pseudomarxistische **Geschichtsklitterung leistet keinen Beitrag zur Überwindung und Aufhebung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsformation** (sog. „Soziale Marktwirtschaft“), – der heutigen, realen und modernen (modifiziert) kapital-faschistischen Gesellschaftsformation –, in Deutschland und Europa. / - R. S.]

Terror, Kapitalismus und Krieg: „Heute kämpfen wir um Ölfelder, Gummi, Erdschätze“ (Nov. 1939)

Die Vorbereitung des Expansionskrieges schuf Zustände im Innern, die als Zwang zum Handeln wirkten. Die Programmatik des Raubkrieges verquickte sich mit den Fernzielen des kapitalfaschistischen Herrschaftssystems. Hitler in seiner Ansprache (– so hätte es auch ein anderes Führungsmittglied des bürgerlich-faschistischen Regimes mündlich ausführen können –) vom 23.11.1939: **„Heute kämpfen wir um Ölfelder, Gummi, Erdschätze {...}“**
[Vgl. Ansprache vom 23.11.39: *IMGH, Dok. 789-PS*, a.a.O., S. 329 f.]

Dieser Krieg verstärkte die terroristischen Züge des bürgerlich-faschistischen Herrschaftssystems. Bis Ende des Jahres 1938 war der offene staatspolizeiliche Terror vorwiegend gegen die tatsächlichen und imaginären Feinde des Regimes gerichtet: gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, gegen aufrichtig überzeugte Christen und gegen Deutsche mosaischen Bekenntnis. Kaum eine soziale Gruppe, kaum ein Bereich des öffentlichen Lebens wurde vom Zwang-Angst-Syndrom verschont, das sich in dieser auf allgemeinen Führerprinzip und Demagogie beruhender kapitalfaschistischen Diktatur allmählich ausgebreitet und ins Extrem gesteigert hatte.

Die Annahme, dass der Wirkungsbereich des offenen Terrors willkürlich war, die Mutmaßung, dass seine Ausdehnung in erster Linie auf den bürokratischen Imperialismus der Gestapo und/bzw. SS zurückzuführen sei, erwiesen sich als unbegründet. **Die Intensivierung des Terrors im Winter 1938/39 bildete eine Reaktion aller Herrschaftsgruppen auf Erscheinungen, die die Gefahr der sozialen Desintegration** (– vor allem von Teilen der Arbeiterklasse und anderer Teile der werktätigen Bevölkerung –) **heraufbeschworen.**

Diese Gefahr war das Produkt des bürgerlich-faschistischen Herrschaftssystems selbst. Die extremen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen der Jahre 1939/40 – die gesteigerte propagandistisch-ideologische Verhetzung, die wiederholte Kriegsgefahr, die Kriegführung, rücksichtslose wirtschaftliche Konkurrenz, äußerste Anspannung der psychischen und physischen Kräfte, die umfassenden staatlichen Eingriffe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und die wachsende (soziale) Unsicherheit: diese Bedingungen, die ihre Wurzel in der Verflechtung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit der politischen Diktatur hatten, bewirkten eine Demoralisierung, der das Regime (nicht nur) allein mit Terrormaßnahmen begegnen konnte. Die NSDAP hatte ihr dürftiges ideologisches Kapital verwirtschaftet. Die forcierten Kriegsvorbereitungen riefen keinen Enthusiasmus hervor; Begeisterungswellen blieben auf den Raum und die Zeit des Parteitages beschränkt. Auch der Antisemitismus büßte an Popularität ein, und im sozialen und wirtschaftlichen Kampf aller gegen alle war die verpflichtende Kraft der großen Ideale gleich null.

Als **„absinkende Arbeitsdisziplin“** pflegten die herrschenden Gruppen eine Vielzahl von Verhaltensweisen zu bezeichnen, die ein gemeinsames Merkmal aufwiesen: **Sie beeinträchtigten den Produktionsausstoß und die Rentabilität der Industrie.** Dafür traten politische Momente recht selten in Erscheinung. Die Gestapo war bemüht, kommunistische und gewerkschaftliche „Drahtzieher“ aufzuspüren, **doch hatte die um sich greifende Demoralisierung in der Industrie sehr wenig mit organisierten Widerstand (der**

Arbeiterklasse) zu tun. Die Demoralisierung war ein langfristiger gesetzmäßiger Prozess, d. h. die einzig mögliche Reaktion unterdrückter und ausgebeuteter Menschen. Jeder Eingriff in die Rechte und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse rief eine Welle von Disziplinosigkeiten hervor. Die Anlässe und Ursachen waren deutlich und spezifisch: ob es sich in den Jahren 1938/39 um die Beschränkung der Löhne, um die Dienstpflicht oder zu Kriegsbeginn um den massiven Angriff der bürgerlich-faschistischen Regierung an allen sozialpolitischen Fronten zugleich handelte. Feierschichten, Bummelei, Krankfeiern, achtloses Arbeiten und Aufsässigkeit nahmen deutlich den Charakter eines kollektiven Protestes an.

Von 1937 bis 1939 stieg die Krankenziffer in der Industrie steil an. In diesen Jahren waren die Unternehmer bemüht, das Arbeitstempo zu steigern und die Arbeitszeit zu verlängern. Hinzu kamen, wegen des Wohnungsmangels in den meisten Industriegebieten, die oft sehr langen Anmarschwege. Man kann davon ausgehen, dass sich der Gesundheitszustand der deutschen Arbeiterklasse (bereits) vor Kriegsbeginn verschlechtert hat. [Anm.: Aufschlussreich ist die zeitgenössische Abhandlung von Martin Gumpert, *Heil Hunger! Health under Hitler*, New York 1940.] **Sowohl Unternehmer wie Wehrmachtsoffiziere sprachen auch vom Raubbau, den die forcierte Aufrüstung mit den physischen Kräften der arbeitenden Bevölkerung trieb.**

Der Zerfall der Arbeitsmoral an der „Heimatfront“ stellte aber wesentlich mehr dar, als sich aus der Summe seiner einzelnen Erscheinungsformen entnehmen lässt. Im Sommer 1939 sprach der Wehrwirtschaftsinspektor für Berlin vom „passiven Widerstand“ der Arbeiterklasse. Einige Rüstungsfirmen berichteten, ihre Arbeiter brächten ihre Ressentiments dadurch zum Ausdruck, dass sie die termingerechte Ausführung von Aufträgen hintertrieben. Über absinkende Produktivität (und Wertschöpfung) wurde überall Klage geführt. Der Inhaber einer Dresdner Gerberei bezeichnete (beispielsweise) das Verhalten seiner Arbeiter als einen „getarnte[n] Streik“. Der Wehrwirtschaftsinspektor für den Dresdner Raum forderte in diesen Monaten die Rüstungsfirmen auf, die Gestapo in den Betrieb zu holen, um das Bummelantentum rücksichtslos zu bekämpfen.

Behörden und Unternehmer unterließen es nicht, den Arbeitern die Folgen – ihrer sturen Opposition und „Sabotage“ – für Aufrüstung und Krieg vor Augen zu führen. Sie schreckten auch nicht vor der Androhung schwerer Strafen zurück. Doch ihre Bemühung blieb ohne Wirkung. / Das Ressentiment war die letzte Handlungsmöglichkeit der Ausgebeuteten und Entrechteten, die sich nicht zu den Werkzeugen rücksichtsloser kapitalistischer Interessen machen lassen wollten.

Das Phänomen der „Verwahrlosung“, gerade unter Jugendlichen, breitete sich so schnell in allen Branchen der Industrie und in der Landwirtschaft aus, dass ein Wehrwirtschaftsinspektor gerade unter Jungarbeitern die Anfänge einer generellen „Zersetzung“ wahrzunehmen glaubte. In den Nordseewerften der Kriegsmarine kam man im Winter 1939/40 zu dem Schluss, dass die Arbeiter zwischen 20 und 35 Jahren nur „50 % der normalen Leistung“ vollbrachten. Auch der Reichsarbeitsdienst musste mit passiven Widerstand (kein bewusster und organisierter Widerstand) fertig werden.

Ob der Prozess der Demoralisierung vor der Wehrmacht haltmachte, ist noch nicht hinreichend geklärt. In einer Besprechung mit Hitler am 5. November 1939 führte General von Brauchitsch die mangelhafte Disziplin der Truppe als einen Grund dafür an, dass die Invasion Frankreichs hinausgeschoben werden müsse. Er hielt es für ein plausibles Argument [v. Brauchitsch konnte seine Behauptung nicht belegen. Es wäre lohnenswert, die Moral des Heeres näher zu untersuchen.]. **Anm.: Die Zerfallstendenzen unter der deutschen Jugend verdienen hier eine besondere Beachtung. Für diese Jugendlichen fielen alle bewussten Erfahrungen des gesellschaftlichen Lebens in die Zeit nach 1933. Für sie wie für ihre fanatisierten Altersgenossen gilt gleichermaßen, dass sie Produkte des bürgerlich-faschistischen Herrschaftssystems waren.**

Das Risiko, dass Disziplinosigkeit schließlich zu Zersetzung und innenpolitischen Zerfall führen würde, war zu groß, als dass man diese Erscheinungen einfach ignorieren konnte. Für

den Einsatz materieller Anreize (u. a. in der Produktion) gab es in der angespannten wirtschaftlichen Lage nach Mitte 1938 keinen Spielraum. Auch zweifelte man nach den Erfahrungen mit (Arbeits-) „Kraft durch Freude“ und „Schönheit der Arbeit“ usw. an deren Wirksamkeit. Die Methoden der ideologisch-faschistischen „Aufklärung“ erschienen abgenutzt. Das Problem war jedoch außerordentlich dringend, denn die Disziplinlosigkeit war Sand im rüstungswirtschaftlichen Getriebe.

Ende November 1939 liefen allein im Ruhrgebiet Anklagen gegen mehr als 1000 Arbeiter wegen Bummelei, Arbeitsverweigerung usw. Die Gerichte brachen geradezu unter der Arbeitslast zusammen und versuchten sich dadurch zu helfen, dass sie das arbiträre (willkürliche) terroristische Moment der Repression noch steigerten (u. a. im Schnellverfahren).

Die wichtigsten Veränderungen auf diesem Gebiet erfolgten außerhalb des Systems der Rechtspflege. Die Entwicklungen in der IG Farben Filmfabrik in Wolfen mögen hierfür als Beispiel dienen. -

Wegen Verstoßes gegen eine Anordnung des Reichstreuhanders wurden im Dezember 1938 drei Arbeiter zu Gefängnisstrafen verurteilt; Missachtung des Rauchverbots führte in den folgenden Monaten zu vier weiteren Bestrafungen. Im Mai 1939 wurden neun „Bummelanten“ vor dem Vertrauensrat vom Betriebsführer und von einem Stellvertreter des Reichstreuhanders verwarnet. Krankfeiern, Trunkenheit im Betrieb usw. gingen danach noch immer nicht zurück – weder die Einstellung des Bierausschanks, weder Geldstrafen noch offizielle Verwarnungen vermochten die Ordnung wiederherzustellen. **Nachdem im August 1939 ein offizieller Besuch des Reichstreuhanders und des Gauobmanns der DAF ebenfalls ergebnislos geblieben war, ließ am 6. Dezember 1939 der Betriebsführer Gajewski ein Merkblatt an alle Arbeiter verteilen, in dem er bedauerte, in Zukunft alle Bummellanden der Gestapo übergeben zu müssen.** Dieses Beispiel war keineswegs untypisch. -

In der Gegend um Nürnberg holten vier Firmen im April 1939 die Gestapo in das Werk, wobei ein Unternehmer eine regelmäßige Zusammenarbeit im Personal-Management einleitete. Bei Kriegsbeginn ergriff die Gestapo von sich aus die Initiative, indem sie sich für alle Fälle der Arbeitsverweigerung zuständig erklärte [Anm.: Heute -2014- gibt es die moderne weichgespülte Form der „Hartz IV“-„Eingliederungsvereinbarung“ und „Sanktionsmaßnahme“ usw.]. -

Am 8. September 1939 erreichte der exemplarische Terror seinen Höhepunkt, als die Hinrichtung eines Kommunisten wegen angeblicher Arbeitsverweigerung bekanntgegeben wurde [Vgl. William L. Shirer, *Berlin Diary*, London 1941, S. 166.]. -

Ende November 1939 gab es ein Sonderkommando der Gestapo als Dauereinrichtung in dem Munitionsbetrieb der Firma Wolff in Bomlitz – die Arbeitsdisziplin besserte sich, und die Produktivität stieg wieder an. Auch die Deutsche Waffen- und Munitions-AG in Berlin ging im November dazu über, Arbeiter, die wiederholt fehlten, der Gestapo namhaft zu machen. **Nachdem man im Frühjahr 1940 bei der Kriegsmarine Wilhelmshaven mit der befristeten Einlieferung von „Störenfriedern“ in eine Haftanstalt experimentiert hatte, baute das Arbeitsamt Wesermünde ein eigenes Konzentrationslager für Arbeitsunwillige**, das im Juni 1940 70 Häftlinge hatte. [Vgl. Erlass des OKW vom 20.11.1939: *BA/MA Freiburg*, WO 8, Bd. 110/6. Notiz der W-In. Hamburg vom 13.07.1940: *ebda.*, Bd. 110/26. Vgl. *Dok. 243.*] **Ein Konzentrationslager für verwahrloste Jugendliche (Neuwied) ließ nicht lange auf sich warten. -**

Damit wurde der offene Terror zum wichtigsten Garanten des Fortbestandes bürgerlich-faschistischer Herrschaft. Der Weg von der „Betriebsgemeinschaft“ [zw. der historischen Form der „Sozialpartnerschaft“ zwischen Kapital und Arbeit] zum Betrieb-als-Konzentrationslager war kurz und geradlinig. Die einzelnen Schritte folgten auf die Zerstörung der Arbeiterbewegung und bildeten eine Vorbedingung für den imperialistischen und kapitalfaschistischen Expansionskrieg. Auf die damit eingeleitete Instrumentalisierung des einzelnen Arbeiters konnte nur noch ein Schritt folgen: die

Vernichtung von Menschen im bürgerlich-kapitalfaschistischen Produktionsprozess.
Dieses Schicksal blieb vor allem ausländischen Arbeitern vorbehalten.

[*Ein modifizierter Auszug.*]

Vgl.: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft.
Von Timothy W. Mason. Westdeutscher Verlag 1977.

02.06.2014, Reinhold Schramm (Bereitstellung)